

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Die Auer-Verlagsbuchhandlung
Verlagsgesellschaft m. b. H.,
Leipzig, Postfach 1015.
Telefon 1015.
Einkaufspreise für den Einzelverkauf
10 Pfennig, für den Großverkauf
7 Pfennig.

Bestellungen nehmen die Anzeigen-
und die Anwerbeabteilung entgegen.
— Erscheint wöchentlich.
Beispieldruck Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 105

Freitag, den 7. Mai 1926

21. Jahrgang

Drohende Kabinettskrise wegen der Flaggenfrage.

Berlin, 5. Mai. Die heutige Sitzung des Reichskabinetts hatte das Ergebnis, daß es an der beabsichtigten Flaggenverordnung festhalten will, eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen. Man will erst die Besprechung mit den Vertretern der Regierungsparteien abwarten, die um 1/8 Uhr im Reichstag stattfand und an der auch der Reichskanzler teilnahm. Um 6 Uhr begann dann eine neue Kabinettsitzung, in der die endgültige Entscheidung fallen soll.

Die neue Flaggenverordnung für die deutschen Missionen im Ausland wird vom Reichspräsidenten unterzeichnet. Das ist das Ergebnis der gestrigen erneuten Kabinettsberatung, das den Führern der Koalitionsparteien gestern nachmittag in einer Aussprache an der mit dem Reichskanzler mehrere Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, mitgeteilt wurde. Ein Jugendverständnis hat die Reichsregierung gemacht: die neue Flaggenverordnung soll nicht für alle Auslandsmissionen gelten, sondern lediglich für die in europäischen Hafenstädten und in überseeischen Ländern.

Die Parteiführer haben diese Erklärung der Regierung zur Kenntnis genommen und das weitere ihren Fraktionen vorbehalten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird voraussichtlich eine Interpellation einbringen und nach der Besprechung der Interpellation einen Mißtrauensantrag stellen. Obwohl die Beschlüsse der Fraktionen der Demokraten und des Zentrums noch nicht vorliegen, kann man feststellen, daß durch das Vorgehen der Regierung eine sehr schwierige innerpolitische Situation geschaffen worden ist, die zu ernsten Konsequenzen für das Kabinett führen kann.

Besprechungen beim Reichspräsidenten.

Der „Sozialanzeiger“ meldet, daß im Anschluß an die Ministerbesprechung über die Flaggenfrage der Reichspräsident den Reichskanzler und den Reichsinnenminister zu einer besonderen Aussprache empfangen habe. Die Einigung mit den opponierenden Parteien soll mehreren Blättern zufolge in der Richtung versucht werden, daß man der geplanten Verordnung eine etwas veränderte Fassung gibt. „Vossische Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ befürchten, daß eine Veröffentlichung der Verordnung zu einer Regierungskrise führen könnte. Das erstgenannte Blatt glaubt, daß die Flaggenfrage auf dem Wege einer Interpellation im Reichstage zur Sprache gebracht und die Vertrauensfrage aufgeworfen werden wird.

Berlin, 5. Mai. Ueber die von der Reichsregierung geplante Verordnung über die Flaggenfrage fand heute nachmittag eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Führern der Regierungsparteien statt. Die Besprechung hat zu keiner Einigung geführt. Es wurde zwar erwogen, ob die Verordnung nicht vielleicht nur auf die deutschen Missionen in Uebersee beschränkt

werden könnte, aber von beiden Seiten, sowohl von sämtlichen in der Besprechung anwesenden Ministern Dr. Brauns, Dr. Marx, Dr. Rühl, ebenso wie vom Reichskanzler und vom Reichsaußenminister wurde der einmal eingenommene Standpunkt aufrechterhalten. Die Regierung wird nunmehr ihren Standpunkt in einem besonderen Bericht darlegen.

Im Zusammenhang mit dieser Frage beabsichtigen die Kommunisten, ein allgemeines Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung einzubringen.

Beschluß des Zentrums.

Berlin, 5. Mai. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat folgenden Beschluß gefaßt: „Die Zentrumsfraktion des Reichstages bedauert den Erlaß der Verordnung in der Flaggenfrage und lehnt jede Verantwortung für die politischen Folgen ab.“

Die Deutsche diplomatisch-vollständige Korrespondenz nimmt heute zu der Frage der Flaggenverordnung betreffend die Führung der Handelsflagge neben der Reichsflagge seitens der deutschen Auslandsmissionen Stellung. Die Korrespondenz führt u. a. aus: Die in Aussicht genommene Maßnahme bezweckt nichts anderes als die Bellegung des Flaggenstreites im Ausland, der seit Jahren soviel Schwierigkeiten verursacht hat. Schon im Jahre 1922 stand die Herausgabe einer Verordnung im Verwaltungswege bevor, die eine einheitliche Verwendung der Handelsflagge bezweckte, dann aber aus technischen Gründen nicht zustande gekommen ist. Wenn jetzt gegen die geplante Verordnung Kritik erhoben wird, so ist es einem Teil der öffentlichen Meinung offenbar entgangen, daß man von der 1922 geplanten Regelung zugunsten einer für schwarz-rot-gold erheblich förderlicheren Lösung abgewichen ist.

Reichsinnenminister Dr. Rühl über die Flaggenfrage.

Reichsinnenminister Dr. Rühl erklärte einem Mitarbeiter des „Mittl. W. Abendblattes“ über die Flaggenverordnung, die Auffassung, die Verordnung laufe der Verfassung zuwider, sei seines Erachtens durchaus abwegig. Die rechtliche Grundlage für die Flaggenverordnung sei ohne jede Frage gegeben. Es handle sich lediglich um die Verwendung der in der Verfassung vorgesehenen Handelsflagge als Dienstflagge für die ausländischen deutschen Missionen. Dies sei ein reiner Verwaltungsakt des Reichspräsidenten, den auch schon der verstorbene Reichspräsident Ebert geplant habe. Die Meinung, die Verordnung beabsichtige eine verschleierte Diskreditierung der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge, sei abwegig. Die Verordnung bedeute im Gegenteil eine Stärkung und Ausdehnung der verfassungsmäßigen Reichsflagge und sei weit eher ein Vorstoß gegen die alten Farben.

Die Demokraten fordern ein Heimstättengesetz.

Der Reichstag nahm einen demokratischen Antrag der die Regierung um schleunige Vorlage eines Wohnheimstättengesetzes in bodenreformerischem Sinne ersucht. Desgleichen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung um einen umfassenden Wohnungsbauplan ersucht wird.

Ein sozialdemokratischer Antrag zur Börsenumsatzsteuer.

Berlin, 5. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Antrag gestellt, die vom Reichsfinanzministerium im Besonderen Wege vorgenommene Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer rückgängig zu machen und zugleich die Bestimmung des Kapitalsteuergesetzes die das Finanzministerium zu solchen Verordnungen berechtigt, aufzuheben.

Blutige Zusammenstöße bei einer Wahlversammlung.

Hern, 5. Mai. Gestern Abend kam es während einer Wahlversammlung der Nationalsozialisten im Handelslokal in Wannsee-Feld zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei und Linkradikalen. Wie verlautet, wollte ein Nationalsozialist seine Pistole, die er in der Tasche trug, entlockern, wobei sich die Waffe entlud und ihn verletzte. Darauf setzte eine allgemeine Schlägerei und Schießerei ein, in deren Verlauf es mehrere Schwere- und

Leichtverletzte gab. Fünf der Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Vor Abschluß des deutsch-französischen Luftfahrtabkommens.

Paris, 5. Mai. Habas verbreitet offiziell folgende Nachricht: Die Konferenz betreffend die deutsche Luftfahrt steht vor dem Abschluß. Man erwartet, daß das Abkommen unmittelbar erfolgt. Die Agentur glaubt in der Lage zu sein, mitteilen zu können, daß dieses Abkommen sehr wahrscheinlich morgen paraphiert werde.

Vorentscheidung für die Geschädigten des Eisenbahnunglücks im polnischen Korridor.

Berlin, 5. Mai. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht: Am 1. Mai war ein Jahr seit dem Eisenbahnunglück im sogenannten polnischen Korridor, bei dem deutsche Untertanen ihr Leben verloren haben, verfloßen. Abgesehen von einzelnen Abschlagszahlungen durch die deutsche Regierung ist von der polnischen Regierung kein Entgegenkommen gezeigt worden, ebensowenig ein Spruch des in Danzig tagenden deutsch-polnischen Schiedsgerichts erfolgt. Ist die Reichsregierung bereit, 1. den Geschädigten eine ausreichende Vorentscheidung zu zahlen, 2. einen Bericht über den Stand der Angelegenheit zu geben?

Die Streiklage in England.

London, 5. Mai. Reuter verbreitet um 12 Uhr mittags folgende Mitteilung: Heute vormittag wimmelten die Straßen von Angestellten, die sich zu Fuß in die Büros begaben. Im Vergleich zu gestern waren die Beförderungsmöglichkeiten besser und der Verkehr weniger behindert. Die Great Western Eisenbahngesellschaft gibt die bevorstehende Inbetriebnahme von elf Strecken, u. a. in der Richtung nach Südwest-England, Südwaales und Birmingham bekannt. Der Untergrundbahnverkehr in London ist stark eingeschränkt. In Südwaales arbeiten die streikenden Bergleute in ihren Gärten und spielen wie bisher Cricket und Fußball. In der Provinz sind mehrere Zeitungen in kleinen Auflagen erschienen. In Newcastle wurde gestern Abend die Haltung der Menge gegenüber den Omnibusführern so drohend, daß diese ihre Wagen im Stiche ließen. Ein Torpedobootschlepper und ein Unterseeboot haben sich in die Nähe von Newcastle begeben. Die Postkisten werden mit Flugzeugen befördert.

London, 5. Mai. In verschiedenen Orten kam es im Laufe des gestrigen Tages wieder zu Ausschreitungen. In Birmingham hielten mehrere Männer ein Auto an, vertrieben die Passagiere und zerschlugen die Gummitreifen. Der Fahrer, der Widerstand leistete, wurde schwer mißhandelt. In Windborough wurden die Fenster Scheiben eines Straßenbahnwagens durch Steinwürfe zertrümmert. In Leeds wurden die Insassen eines Straßenbahnwagens mit Steinen bombardiert.

Dem Regierungsblatt „British Gazette“ zufolge sollte die atlantische Flotte am Dienstag Vormittag zu einer Sommerkreuzfahrt verlassen. Aus Anlaß des Streikes gingen aber nur die U-Boote und Zerstörer in See. Viele Offiziere sind für den Dienst auf dem Vande abkommandiert worden.

Die deutschen Gewerkschaften und der englische Generallstreik.

Berlin, 5. Mai. Heute nachmittag werden die deutschen Gewerkschaften in Berlin zusammengetreten, um zum Generallstreik in England Stellung zu nehmen. Die Beratungen werden vor allem die Frage behandeln, welche Haltung die Arbeiter- und Transportarbeiter in den deutschen Steinkohlerevieren nicht nur im Ruhrrevier, sondern auch in Schlesien einnehmen sollen.

Die Kommunisten fordern den Sympathiestreik!

Berlin, 5. Mai. Das Sekretariat der kommunistischen Partei hat heute dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein Schreiben übersandt, in dem gefordert wird, daß auch die deutschen Kohlen- und Transportarbeiter sofort unter gewerkschaftlicher Führung in einen Sympathiestreik eintreten sollen. Ferner wird verlangt, daß jede Ausfuhr deutscher Kohle nach England verhindert wird.

Sympathiestreiks und Geldsammlungen in Rußland für die Streikenden in England.

Moskau, 5. Mai. Die Zentralkomitees der Gewerkschaften der Seeleute und der Transportarbeiter erklärten den Teilstreik in den Häfen der Sowjetunion, die für England bestimmte Waren ausführen. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion beschloß heute, alle Gewerkschaftsmitglieder aufzufordern, ein Viertel ihres Tagelohnes an die streikenden englischen Bergarbeiter abzuführen. 250 000 Rubel als Vorschußrate werden nach England überwiesen.

Sympathiestreik in einer französischen Autofabrik.

Paris, 5. Mai. „Journal“ meldet, 2000 Arbeiter einer Autofabrik in St. Ouen bei Paris seien gestern aus Sympathie für die Streikenden in England ihrerseits in den Ausfall getreten. Die Delegierten der Metall- und Maschinenindustrie, die der Streikerversammlung beiwohnten, hätten versprochen, sich solidarisch zu verhalten und zu versuchen, die verschiedenen Gewerkschaften Moskauer Richtung in diese Bewegung hineinzuziehen.

Zur Umbildung des Börsenbundesrates.

Paris, 5. Mai. Ministerpräsident Briand hat heute mit dem Gesandten von Uruguay über die Sitzungen der Börsenbundeskommission für die Umbildung des Börsenbundesrates verhandelt.

Die Cyper der Sidi Ferruch.

Marseille, 5. Mai. Der Dampfer Sidi Ferruch, an dessen Bord sich eine Anzahl Araber heimlich eingeschiffet hatte, ist von Algier kommend, wieder in Marseille eingetroffen. Nach den Feststellungen des begleitenden Polizeikommissars sind mehrere blinde Passagiere nicht entdeckt worden, so daß die Zahl der ums Leben gekommenen endgültig auf elf beziffert werden kann.